

Die Klima-Charta dürfte Bürger, Unternehmen und Staat teuer zu stehen kommen

In Kürze

- Energie sparen, erneuerbare Energien fördern, CO₂-Emissionen verringern: Die Ziele der Klima-Charta stossen auf praktisch einhellige Zustimmung.
- Die Schweiz verfolgt in diesen Bereichen bereits eine fortschrittliche und effiziente Politik und weist eine der besten Bilanzen unter den Industrieländern auf.
- Zu den wichtigsten geltenden Massnahmen der öffentlichen Hand gehören das CO₂-Gesetz, die Anreizpolitik des Bundes und der Kantone (EnergieSchweiz, Förderung der erneuerbaren Energien, bauliche Vorschriften und Gerätenormen). Die Wirtschaftskreise ihrerseits haben den Klimarappen und die Energie-Agentur der Wirtschaft eingeführt.
- Die Klima-Charta könnte je nach Auslegung dazu führen, dass man den pragmatischen Weg verlässt und in der Energie- und Klimapolitik einen radikalen Kurswechsel mit unvorhersehbaren Folgen ansteuert.
- Zudem besteht die Gefahr, dass die Schweiz unter den Industrieländern allein dasteht. Ein Alleingang würde einen hohen Preis fordern, ohne tatsächlich zur Lösung von globalen Problemen beizutragen.
- Die Unterzeichnung der Charta bringt möglicherweise Verpflichtungen mit sich, die nicht ohne enorme Belastungen für die Bürger und für die Unternehmen eingehalten werden können.

Ambivalente Ziele – was steckt dahinter?

Auf den ersten Blick wirken die Ziele der Klima-Charta vernünftig, aber wozu verpflichten wir uns wirklich?

Beispiel CO₂: Anstatt klar Farbe zu bekennen, dass die CO₂-Emissionen z.B. bis 2050 halbiert oder noch stärker reduziert werden müssen, erwähnt die Charta eine Verringerung um 2% pro Jahr. Dies kann je nach Berechnungsart bedeuten, dass die Emissionen in rund fünfzig Jahren auf Null sinken oder nur halbiert werden müssen. In beiden Fällen wird die Messlatte viel zu hoch angelegt. Die Aussagen zu den erneuerbaren Energien und zur 2000-Watt-Gesellschaft sind ebenfalls vage. Es ist schwer vorstellbar, wie ein derart ungenauer Kompass die Energie- und Klimapolitik der Schweiz lenken soll.

CO₂ UND ENERGIE: SPITZENPOSITION DER SCHWEIZ

Die Schweiz gehört zu den Industrieländern mit den geringsten Emissionen

- Auf einen Schweizer entfallen im Durchschnitt 5,6 Tonnen CO₂ pro Jahr, auf einen Deutschen 9,8 Tonnen und auf einen Amerikaner 19,8 Tonnen. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit dem geringsten CO₂-Ausstoss pro Franken produzierten Wohlstand (BIP). Diese günstige Ausgangslage muss bei der Festlegung der schweizerischen Klimapolitik berücksichtigt werden.
- CO₂-Emissionen bilden ein globales Problem; die Schweiz ist für 0,1% der Gesamtemissionen verantwortlich.

Land / Region	Schweiz	EU	USA	China
Anteil an den Gesamtemissionen (2005)	0,1%	15%	25%	14%
Verpflichtung gemäss Kyoto	-8%	-8%	(-5% , nicht ratifiziert)	--

- Die Unternehmen tragen massgeblich zur Bekämpfung der Erderwärmung bei. Zwischen 1990 und 2002 hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz um 12,5% zugenommen, während die Emissionen der Wirtschaft um 1,6% gesunken sind.
- Diese ausgezeichnete Bilanz hat eine Schattenseite: Verbesserungen sind kostspielig und schwierig. Ein ehemaliges Ostblock Land kann z.B. die Emissionen relativ leicht verringern, indem es alte Kohlekraftwerke saniert und durch deutlich umweltschonendere Gaskraftwerke ersetzt. Die Schweiz hat diese Möglichkeit nicht, weil sie die Elektrizität durch die Kombination von Wasser- und Kernkraft bereits praktisch CO₂-frei produziert.

Hocheffiziente Energienutzung

- Die Schweiz gehört zu den Ländern mit dem geringsten Energieverbrauch pro Franken produziertes Volkseinkommen. Bezüglich Bruttoinlandsprodukt pro Einheit emittiertes CO₂ steht die Schweiz mit 9'400 US-Dollar vor Schweden (7'400 USD) und Island (6'900 USD) weltweit an der Spitze. Der Durchschnitt der EU erzeugt pro Tonne CO₂ rund 3'700 USD, die USA 2'100 USD.
- Die Schweiz gehört z.B. in der Nutzung von Erdwärme zu den drei Spitzenreitern weltweit. Zwei von drei neuen Häusern sind mit energieeffizienten Wärmepumpen ausgestattet.

ZIEL NR. 1: JÄHRLICH -2% CO₂ IN DER SCHWEIZ?

Bestandsaufnahme

- Die Schweiz beteiligt sich am Kyoto-Abkommen und hat sich verpflichtet, die Treibhausgas-Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 bis 2012 um 8% zu senken. Genauer gesagt bedeutet dies eine Verringerung von 52 auf 48 Tonnen pro Jahr.
- Die im geltenden CO₂-Gesetz vorgesehene Emissionsreduktion um 10% kann in der Schweiz und im Ausland erzielt werden. In- und ausländische Reduktionsmassnahmen sind gemäss Kyoto-Abkommen und CO₂-Gesetz zulässig. Ab 2008 wird die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe eingeführt.
- Die Wirtschaft setzt aktiv freiwillige Massnahmen um, die dazu beitragen, dass die Schweiz ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Es handelt sich insbesondere um den Klimarappen und um die Energie-Agentur der Wirtschaft.

Reduktionsvorgabe der Klima-Charta: zu hoch und zu strikt

- Wird die Klima-Charta wortwörtlich genommen, so bedeutet der CO₂-Reduktionssatz von 2% pro Jahr, dass die Schweiz in 50 Jahren praktisch keine Emissionen mehr produzieren würde – ein äusserst unwahrscheinliches Ziel: Um es zu erreichen, müsste die Nutzung von Erdöl und Gas, die heute 70% des Bedarfs decken, verboten werden. Ungelöst bliebe die Frage, welche Energieträger für Heizzwecke, den Verkehr und für die Industrie zum Einsatz kommen. Sicherlich nicht die neuen Energiequellen, die erst in weiter Ferne in ausreichender Menge verfügbar sein werden.
- Deshalb sollte man sich die Handlungsfreiheit für realistische Ziele bewahren, welche die technische Entwicklung, die Verpflichtungen der anderen Länder zum Klimaschutz sowie die Anpassungsfähigkeit unserer Unternehmen und unserer Bevölkerung an die Veränderungen berücksichtigen.

Abnahme der Emissionen nur in der Schweiz?

- Wenn die CO₂-Emissionen nur in der Schweiz zurückgehen, verbessert sich das Weltklima nicht. Es handelt sich um ein globales Problem, das mit den anderen Ländern gelöst werden muss. Einseitige und einschneidende Reduktionsmassnahmen in der Schweiz würden lediglich dazu führen, dass CO₂-intensive Produktionsverfahren (Zement, Metall, Chemie) ins Ausland verlagert würden, wo die Umweltstandards tiefer und die CO₂-Emissionen höher sind.
- Da die Schweiz nur einen geringen Anteil der globalen Emissionen verursacht, wäre es sinnlos, maximalistische Verpflichtungen einzugehen, während die grössten CO₂-Emittenten die Hände in den Schooss legen.
„...Es ist sinnlos, die Klimaerwärmung im Alleingang zu bekämpfen. Die Schweiz verursacht 0,2% der weltweiten Treibhausgasemissionen. Auch wenn alle Kyoto-Unterzeichnerstaaten ihre Verpflichtungen erfüllen, muss noch die ganze übrige Welt, angefangen bei den Vereinigten Staaten, mitziehen.“ Bruno Oberle, Direktor des Bundesamtes für Umwelt, 5.10.2006
- Die Reduktion der CO₂-Emissionen um eine Tonne kostet in der Schweiz mindestens 200 Franken. Im Ausland lässt sich das gleiche Ergebnis für 20 Franken erzielen. Deshalb bilden Investitionen in Projekte im Ausland eine effiziente Möglichkeit, um den schweizerischen Beitrag an die Eindämmung der globalen CO₂-Emissionen zu vergrössern. Dabei handelt es sich um einen wichtigen Aspekt der von den Wirtschaftskreisen gegründeten Stiftung Klimarappen. Beispiel: Seit 2002 bezieht eine brasilianische Stadt den Strom aus einem Kraftwerk, das Holzabfälle eines Sägewerks verbrennt. Dieses Kraftwerk ersetzt mehrere dieselbetriebene Generatoren. Jedes Jahr werden so 170'000 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden, was sich in 170'000 Zertifikaten niederschlägt. Die Stiftung Klimarappen kauft 30'000 dieser Zertifikate.

Klima-Charta: das Pferd beim Schwanz aufgezümt

- Die Verhandlungen zu einem Abkommen, das an jenes von Kyoto anknüpft, haben noch nicht begonnen. Deshalb wäre es verfrüht, heute schon ein CO₂-Reduktionsziel für die Schweiz festzuschreiben, ohne zu wissen, ob die übrigen Länder auch zu diesem Schritt bereit sind.

Die Schweiz wird ihre CO₂-Reduktionspflichten erfüllen

- Bundesrat Moritz Leuenberger und sein Chefbeamter Bruno Oberle, Direktor des Bundesamtes für Umwelt, haben anlässlich der Präsentation des Klimaberichts Schweiz vom 16.8.2007 einmal mehr betont, dass die Schweiz ihre Ziele gemäss Kyoto-Protokoll und CO₂-Gesetz einhalten werden.
- Die Stiftung Klimarappen allein könnte bereits sämtliche von der Schweiz eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Hinzu kommen noch die Emissionsverringerungen, die von den Unternehmen im Rahmen der Energie-Agentur der Wirtschaft erzielt werden, die Auswirkungen der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe und die Folgen der steuerlichen Entlastung der Bio-Treibstoffe.

Emissionsreduktions-Ziel 2008 bis 2012	14,5 Millionen Tonnen
Beitrag der Stiftung Klimarappen	12,9 Millionen Tonnen
Reserven	2,7 Millionen Tonnen
Total Stiftung Klimarappen	15,6 Millionen Tonnen

ZIEL NR. 2: ENERGIEEFFIZIENZ, ERNEUERBARE ENERGIEN: +1% PRO JAHR ?

Bestandsaufnahme

- Erneuerbare Energien machen in der Schweiz 16% des Energieverbrauchs aus, verglichen mit 5% in der Europäischen Union. Der bereits hohe Anteil ist hauptsächlich auf die Nutzung der Wasserkraft zur Stromproduktion zurückzuführen.
- Laut dem Bundesamt für Energie könnten die erneuerbaren Energien im Jahr 2020 selbst mit sehr ambitionierten Zielsetzungen höchstens 20% des Verbrauchs decken.

Zu unklares Ziel

- Aus der heutigen Formulierung geht nicht klar hervor, ob die Klima-Charta vorschreibt, den Anteil der erneuerbaren Energien im ersten Jahr von 16 auf 16,16% oder von 16 auf 17% zu erhöhen.
- Falls die Charta das Ziel verfolgt, den Anteil der erneuerbaren Energien nach einem Jahr von 16 auf 17% zu steigern, müsste man das vom Bund in 13 Jahren anvisierte Ziel in gerade 4 Jahren erreichen, was schlicht und einfach unrealistisch ist.
- Auch im anderen Fall wird die Messlatte sehr hoch angesetzt. Bis zum Jahr 2030 dürften die erneuerbaren Energien ein Viertel ausmachen.

Der Anteil der erneuerbaren Energien nimmt langsam, aber sicher zu

- Dank der Preishausse für fossile Brennstoffe und dank den vom Parlament Anfang 2007 beschlossenen Fördermassnahmen sind alle Voraussetzungen erfüllt, damit die erneuerbaren Energien und die Energieeinsparungen sich in den nächsten Jahren positiv entwickeln.

ZIEL NR. 3: DIE – HÖCHSTENS – 2000-WATT-GESELLSCHAFT?

Bestandsaufnahme

- Ein Schweizer braucht pro Jahr durchschnittlich 5'000 Watt. Die Autoren der «2000-Watt-Gesellschaft» möchten diesen Wert in einem Jahrhundert auf 2000 Watt pro Person senken.
- Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, denn ein Hin- und Rückflug Zürich - Los Angeles macht bereits 1'000 Watt aus.

Doppelter Energiepreis: Wer bezahlt?

- Den Weg zur «2000 Watt-Gesellschaft» einzuschlagen, ist zwar lobenswert, verlangt aber etliche Anstrengungen und verursacht enorme Kosten. Nach Schätzungen des Bundes müssten die Energiepreise ab 2011 verdoppelt, Strassenbenutzungsgebühren eingeführt, die fortschrittlichsten Techniken durchgesetzt und die Mobilität beschränkt werden, um dieses Ziel bis 2100 zu erreichen. Je früher man es erreichen möchte, desto einschneidendere Massnahmen müssten ergriffen werden.

- Statt die Preise endlich zu senken („Hochpreisinsel Schweiz“), würde die Verdoppelung der Energiepreise die Mittelschicht und die niedrigeren Einkommen zusätzlich stark belasten.

Internationale Koordination ist unverzichtbar

- Die Schweiz kann sich nicht im Alleingang auf dieses Abenteuer einlassen. Eine einseitige Benachteiligung der Schweizer Unternehmen würde – auch gemäss den Studien des Bundes – zu einer Verlagerung der Produktion in andere Länder führen.
- Ein starker Energiepreisanstieg würde alle energieintensiven Sektoren, z.B. die Grundstoffindustrie, die chemische Industrie, den Maschinenbau- oder den Metallverarbeitungssektor, erheblich in Mitleidenschaft ziehen und ihre internationale Konkurrenzfähigkeit verschlechtern.
- Ohne internationale Harmonisierung würde die Verteuerung wenig für die Umwelt bewirken. Hingegen wäre damit zu rechnen, dass vermehrt im Ausland getankt würde („Tanktourismus“) und dem Bund erhebliche Zolleinnahmen verloren gingen (0,5 bis 1 Mrd. CHF).

Siehe:

2000-Watt-Gesellschaft, Originalfassung:
www.novatlantis.ch

2000-Watt-Gesellschaft: weniger optimistische Sicht des Paul Scherrer-Instituts:
www.psi.ch/index_bilder/Energiespiegel_18d.pdf

Energieperspektiven des Bundes, Szenario IV:
www.bfe.admin.ch/themen/00526/00538/index.html